

The Agreement was
previously published
as Miscellaneous No. 17
(1972), Cmnd. 4925

SCIENCE AND
TECHNOLOGY



Treaty Series No. 114 (1972)

Agreement on the Implementation of a European Project on Pollution, on the Topic “Sewage Sludge Processing”

Brussels, 23 November 1971

[The Agreement entered into force on 1 August 1972]

*Presented to Parliament
by the Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs
by Command of Her Majesty
October 1972*

LONDON
HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE

26½p net

Cmnd. 5122

VEREINBARUNG
ZUR DURCHFUEHRUNG EINER EUROPAEISCHEN AKTION
AUF DEM GEBIET DES UMWELTSCHUTZES ZUM
THEMA " BEHANDLUNG VON KLAERSCHLAMM "

Die Regierungen

Dänemarks,

der Bundesrepublik Deutschland,

der Französischen Republik,

der Italienischen Republik,

des Königreichs der Niederlande,

der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien,

des Königreichs Norwegen,

der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

Schwedens,

des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland,

im folgenden " Unterzeichner " genannt—

HABEN ihre Bereitschaft zur Teilnahme an dieser Aktion—im folgenden " Aktion " genannt—ERKLAERT und folgendes VEREINBART:

ARTIKEL 1

Die Unterzeichner koordinieren ihre Arbeiten bei der Aktion, die zum Zwecke der Gegenüberstellung der in verschiedenen Ländern angewandten Verfahren der Behandlung und Beseitigung von Klärschlamm durchgeführt wird. Eine allgemeine Beschreibung der für diese Aktion vorgesehenen Arbeiten ist im Anhang enthalten.

Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden im wesentlichen im Wege der Vergabe an staatliche Forschungseinrichtungen, die zur Mitarbeit in multinationaler Assozierung bereit sind, durchgeführt. Es können jedoch Verträge zwischen dem betreffenden Unterzeichner oder den betreffenden Unterzeichnern einerseits und Unternehmen und anderen Forschungseinrichtungen (private Forschungszentren, Hochschulinstitute, gemeinsame Forschungsstellen) andererseits geschlossen werden.

ARTIKEL 2

Die für die Aktion vorgesehene Dauer der Arbeiten erstreckt sich auf höchstens zwei Jahre; Thema 3 muss von den betreffenden Unterzeichnern in diesem Zeitraum durchgeführt werden.

ARTIKEL 3

Diese Vereinbarung steht sonstigen europäischen Regierungen, die an der Ministerkonferenz in Brüssel am 22. und 23. November 1971 teilgenommen haben, und den Europäischen Gemeinschaften zur Unterzeichnung offen, sofern alle Unterzeichner einverstanden sind. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung ist diese Einstimmigkeit jedoch nicht erforderlich, vorausgesetzt, dass der Betrag, den die neuen Unterzeichner für die im Hinblick auf die Aktion vorgesehenen Arbeiten bereitstellen, jährlich mindestens 20.000 Rechnungseinheiten beträgt.

ARTIKEL 4

Es wird ein Verwaltungsausschuss—im folgenden “Ausschuss” gennant—eingesetzt, der aus je einem Vertreter der Unterzeichner besteht. Jeder Vertreter kann erforderlichenfalls Sachverständige oder Berater hinzuziehen.

Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung. In dieser Geschäftsordnung wird die Anzahl der Vertreter festgelegt, deren Anwesenheit für die Beschlussfähigkeit des Ausschusses erforderlich ist.

Der Ausschuss gibt begründete Empfehlungen zu den ihm vorgelegten Forschungsvorschlägen sowie über die Ausrichtung und den Umfang der vorgesehenen Arbeiten ab. Diese Empfehlungen werden mit einfacher Stimmenmehrheit abgegeben; die Minoritätsstandpunkte und deren Begründung können in diese Empfehlungen aufgenommen werden.

Im Ausschuss hat jeder Vertreter eine Stimme. Ueber Verfahrensfragen wird mit einfacher Mehrheit beschlossen. Für alle übrigen Beschlüsse ist Einstimmigkeit erforderlich; die Einstimmigkeit gilt auch bei Stimmenthaltung eines oder mehrerer der zuletzt genannten Unterzeichner als erreicht.

ARTIKEL 5

Der Ausschuss:

- a) richtet an die betreffenden Stellen Empfehlungen, welche Forschungen seiner Ansicht nach durchgeführt und wie diese Aufgaben auf die Unterzeichner aufgeteilt werden sollten;
- b) fördert die Zusammenarbeit von Partnern verschiedener Länder;
- c) verfolgt den Fortgang der Arbeiten und empfiehlt gegebenenfalls notwendig werdende Änderungen in der Ausrichtung oder im Umfang der laufenden Arbeiten;
- d) veröffentlicht jährlich und am Ende der Aktion einen Bericht—with Schlussfolgerungen—über die Ergebnisse der Arbeiten, die Gegenstand der Aktion waren.

ARTIKEL 6

Auf Antrag der Unterzeichner werden die Sekretariatsgeschäfte des Ausschusses von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften wahrgenommen.

ARTIKEL 7

Die Forschungsaufwendungen für die zur Durchführung der Aktion vorgesehenen Arbeiten werden wie folgt auf die Unterzeichner aufgeteilt:

<i>Unterzeichner</i>	<i>Jährlicher Höchstbetrag in RE</i>
Die Regierungen	
Dänemarks	40.000
der Bundesrepublik Deutschland	51.000
der Französischen Republik	45.000 (nur für Thema 1)
der Italienischen Republik	60.000
des Königreichs der Niederlande	30.000
der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien	40.000
des Königreichs Norwegen	60.000
der Schweizerischen Eidgenossenschaft	120.000
Schwedens	50.000
des Vereinigten Königreichs Grossbritannien und Nordirland	20.000

In diesem Rahmen finanziert jeder Unterzeichner die Projekte, die Gegenstand der Aktion sind, soweit die Arbeiten auf seine Initiative durchgeführt werden.

Ein Unterzeichner kann sich jedoch an den Arbeiten, die auf Initiative eines anderen Unterzeichners gemäss einer untereinander getroffenen Vereinbarung durchgeführt werden, finanziell beteiligen.

Etwa anfallende gemeinsame Kosten werden mit Ausnahme der Sekretariatskosten zu gleichen Teilen auf die Unterzeichner aufgeteilt.

ARTIKEL 8

Um Verträge nach Artikel 1 können sich—vorzugsweise assoziierte—Unternehmen und Forschungseinrichtungen bewerben, sofern sie in der Lage sind, die geplanten Forschungsarbeiten ganz oder teilweise auszuführen oder bestimmte Teile dieser Arbeiten für eigene Rechnung und unter ihrer Verantwortung ausführen zu lassen.

ARTIKEL 9

Die Unterzeichner übermitteln dem Sekretariat des Ausschusses die ihnen vorgelegten Forschungsvorschläge.

ARTIKEL 10

Die Unterzeichner sorgen für die verwaltungs- und finanz-technische Abwicklung der von ihnen geschlossenen Verträge.

ARTIKEL 11

(1) Die aus der eigenen Arbeit eines jeden Unterzeichners bei der Durchführung der Aktion resultierenden Kenntnisse und gewerblichen Schutzrechte verbleiben bei dem Unterzeichner, soweit sie ihm nach den

Bestimmungen seines nationalen Rechts zustehen. Er kann die den anderen Unterzeichnern gehörenden Kenntnisse für den eigenen Bedarf auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und der Volksgesundheit benutzen.

An Kenntnissen und gewerblichen Schutzrechten eines Unterzeichners, die aus seiner Arbeit bei der Durchführung der Aktion hervorgegangen sind, wird den anderen Unterzeichnern eine nichtausschliessliche, unentgeltliche Lizenz für den in Unterabsatz 1 genannten Bedarf gewährt.

(2) Jeder Unterzeichner erteilt auf Antrag eines anderen Unterzeichners den in dessen Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen zu gerechten und angemessenen Bedingungen und unter Berücksichtigung der finanziellen Beteiligung des betreffenden Unterzeichners nichtausschliessliche Lizenzen an seinen in Absatz 1 genannten Kenntnissen und gewerblichen Schutzrechten.

(3) Die Unterzeichner verhindern die Nutzung der in Absatz 1 und 2 genannten Kenntnisse und gewerblichen Schutzrechte unter den in denselben Absätzen erwähnten Bedingungen nicht dadurch, dass sie dieser Nutzung frühere Schutzrechte entgegenhalten, über die sie gegebenenfalls verfügen.

(4) Stehen nach dem nationalen Recht die Kenntnisse und gewerblichen Schutzrechte nicht ausschliesslich den Unterzeichnern zu, so verpflichten sich diese, im Hinblick auf die tatsächliche Anwendung dieses Artikels sich um die Gewährung von Lizenzen zu bemühen, wobei auch die Gewährung von Unterlizenzen in Betracht gezogen werden kann.

ARTIKEL 12

Die Unterzeichner nehmen in die Forschungsverträge eine Klausel auf, nach denen die Unternehmen oder Forschungseinrichtungen verpflichtet sind, Zwischenberichte über den Fortgang der Arbeiten sowie einen Schlussbericht vorzulegen.

Soweit die Zwischenberichte detaillierte technische Angaben enthalten, werden sie als vertrauliche Dokumente nur den Unterzeichnern und dem Ausschuss zugeleitet. Der Schlussbericht wird jedoch—gemäss vom Ausschuss festzulegenden Bedingungen—einem weiteren Kreis zugänglich gemacht.

ARTIKEL 13

Die Unterzeichner nehmen unbeschadet der Bestimmungen des nationalen Rechts in die Untersuchungs-, Forschungs- und Entwicklungsverträge Klauseln auf, die die Anwendung der folgenden Bestimmungen ermöglichen, solange die aus der Untersuchung, Forschung oder Entwicklung (im folgenden kurz mit "Forschung" bezeichnet) resultierenden gewerblichen Schutzrechte—die das Know-how nicht einschliessen—bestehen.

(1) In bezug auf die getrennt finanzierten Arbeiten:

a) Die gewerblichen Schutzrechte an den Ergebnissen der Forschung, die den Unternehmen oder Forschungseinrichtungen zustehen, die die Forschungsarbeiten durchgeführt haben oder für eigene Rechnung haben durchführen lassen, verbleiben bei diesen; der Unterzeichner,

der die Verträge geschlossen hat, bei deren Durchführung die genannten Schutzrechte entstanden sind, kann sich jedoch bestimmte in den Verträgen festgelegte Rechte vorbehalten.

Was die Verträge mit Forschungseinrichtungen (öffentliche oder private Forschungsstellen, Universitätsinstitute und gemeinsame Stellen) betrifft, so kann vereinbart werden, dass die gewerblichen Schutzrechte dem betreffenden Unterzeichner bzw. jeder anderen von ihm benannten Stelle zustehen.

Die Anmeldungen gewerblicher Schutzrechte aufgrund der Forschungsarbeit werden den Unterzeichnern über die Unterzeichner zur Kenntnis gebracht, die für die genannten Stellen zuständig sind.

- b) Unbeschadet der Bestimmungen des Buchstaben c) steht es dem Inhaber der aus Forschungsergebnissen hervorgegangenen oder im Verlauf von Forschungsarbeiten gewonnenen gewerblichen Schutzrechte frei, Lizenzen zu gewähren oder gewerbliche Schutzrechte zu veräussern, sofern er die Unterzeichner über die Unterzeichner, die für die betreffenden Stellen zuständig sind, von seiner Absicht unterrichtet.
- c) Soweit die Bestimmungen der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, die im Hoheitsgebiet des betreffenden Unterzeichners geltenden Gesetze und Verordnungen und die früher eingegangenen und bei Abschluss dieser Verträge notifizierten Verpflichtungen von Unternehmen, die Inhaber von Forschungsverträgen sind, dem nicht entgegenstehen, hat jeder Unterzeichner das Recht, Einspruch dagegen zu erheben, dass Unternehmen ausserhalb der Hoheitsgebiete der Unterzeichner gewerbliche Schutzrechte gewährt werden, die von den genannten Unternehmen bei der Durchführung von Forschungsverträgen erworben wurden und den Unternehmen ausserhalb der Hoheitsgebiete der Unterzeichner die Herstellung oder den Vertrieb im Hoheitsgebiet des Unterzeichners erlauben.
- d) In folgenden Fällen ist der Inhaber der gewerblichen Schutzrechte verpflichtet, auf Antrag eines Unterzeichners, der nicht den Vertrag geschlossen hat, bei dessen Durchführung die genannten Schutzrechte entstanden sind, eine Lizenz zu gewähren:
 - wenn der Eigenbedarf des Unterzeichners, der die Lizenz beantragt, auf den in Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 1 genannten Gebieten befriedigt werden soll;
 - wenn der Marktbedarf im Hoheitsgebiet des Unterzeichners, der die Lizenz beantragt, nicht befriedigt wird, wobei diese einem von dem genannten Unterzeichner benannten Unternehmen zu erteilen ist, damit es diesen Marktbedarf befriedigen kann. Die Lizenz wird jedoch nicht erteilt, wenn der Inhaber für die Verweigerung einen stichhaltigen Grund anführen und insbesondere nachweisen kann, dass ihm keine angemessene Frist zur Verfügung gestanden hat.

Um diese Lizenzen zu erhalten, wendet sich der antragstellende Unterzeichner an den Unterzeichner, der den Vertrag geschlossen hat, bei dessen Durchführung die genannten Schutzrechte entstanden sind.

Diese Lizenzen werden zu gerechten und angemessenen Bedingungen gewährt und müssen mit dem Recht verbunden sein, eine Unterlizenz

zu den gleichen Bedingungen zu gewähren. Sie können, soweit dies für ihre Auswertung erforderlich ist, unter denselben Bedingungen auf frühere gewerbliche Schutzrechte und Anmeldungen von Schutzrechten des Lizenzgebers ausgedehnt werden.

(2) In bezug auf die gemeinsam finanzierten Arbeiten gelten die unter Ziffer 1 genannten Bestimmungen unter folgendem Vorbehalt: Tritt ein Unterzeichner als Bevollmächtigter der anderen Unterzeichner auf, so werden die Rechte, die er sich nach Ziffer 1 Buchstabe a) vorbehalten kann, auf die anderen Unterzeichner ausgedehnt.

(3) Die unter Ziffer 1 und 2 genannten Bestimmungen gelten *mutatis mutandis* für die von den gewerblichen Schutzrechten nicht erfassten Kenntnisse (Know-how usw.).

ARTIKEL 14

Auf Antrag eines Unterzeichners konsultieren die Unterzeichner einander über alle Fragen, die sich aus der Durchführung dieser Vereinbarung ergeben.

ARTIKEL 15

(1) Die Unterzeichner notifizieren dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften so bald wie möglich den Abschluss der nach den internen Vorschriften erforderlichen Verfahren für das Inkrafttreten dieser Vereinbarung.

(2) Für die Unterzeichner, welche die Notifikation nach Absatz 1 übermittelt haben, tritt diese Vereinbarung am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Mehrheit der Unterzeichner diese Notifikation übermittelt hat.

Für die Unterzeichner, welche die genannte Notifikation nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung übermitteln, tritt diese zum Zeitpunkt des Eingangs der Notifikation in Kraft.

Die Unterzeichner, welche die genannte Notifikation bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung noch nicht übermittelt haben, können sich während eines Zeitraums von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung ohne Stimmrecht an der Arbeit des Ausschusses beteiligen.

(3) Der Generalsekretär des Rates der Europäischen Gemeinschaften unterrichtet jeden der Unterzeichner von der Hinterlegung der in Absatz 1 vorgesehenen Notifikation und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Vereinbarung.

ARTIKEL 16

Diese Vereinbarung wird in einer Urschrift in deutscher, englischer, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist. Die Vereinbarung wird im Archiv des Generalsekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt jedem Unterzeichner eine beglaubigte Abschrift.

**AGREEMENT
ON THE IMPLEMENTATION OF A EUROPEAN PROJECT
ON POLLUTION, ON THE TOPIC
“SEWAGE SLUDGE PROCESSING”**

The Governments of
Denmark,
the Federal Republic of Germany,
the French Republic,
the Italian Republic,
the Kingdom of the Netherlands,
the Socialist Federal Republic of Yugoslavia,
the Kingdom of Norway,
the Swiss Confederation,
Sweden,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,
hereinafter referred to as “the Signatories”,

HAVE ACCEPTED participation in the project described below hereinafter referred to as “the project”, and HAVE AGREED as follows:

ARTICLE 1

The Signatories shall co-ordinate their efforts in the project, which is being undertaken in order to compare the methods of processing and disposing of sewage sludge practised in different countries.

An outline description of the work envisaged for the project is contained in the Annex.

Research and development operations shall be carried out by means of work entrusted to public research establishments which agree to work in association on a multinational basis. Contracts may, however, be concluded between the Signatory or Signatories concerned, on the one hand, and industrial undertakings and other research establishments (private research centres, university institutes or joint centres) on the other.

ARTICLE 2

The duration envisaged for work on the project shall be two years, during which period topic 3 shall be implemented by the Signatories concerned.

ARTICLE 3

This Agreement is open for signature by other European Governments which participated in the Ministerial Conference held in Brussels on 22 and 23 November 1971 and by the European Communities, subject to the unanimous consent of the Signatories. This unanimous consent shall not however be required until after the entry into force of the Agreement, on condition that the annual sum allocated by new Signatories to work on the project is no less than 20,000 Units of Account.

ARTICLE 4

A Management Committee, hereinafter referred to as "the Committee", composed of one representative of each Signatory, is hereby established. Each representative may be accompanied by such experts or advisers as he may need.

The Committee shall draw up its rules of procedure. The rules shall lay down the quorum required for the validity of the decisions of the Committee.

The Committee shall draw up reasoned recommendations on the research proposals submitted to it, as well as on the direction and volume of the work envisaged. These recommendations shall be adopted by a simple majority; minority views and the reasoning behind them may be expressed in these recommendations.

Each representative shall have one vote in the Committee. Decisions concerning procedure shall be adopted by a simple majority. All other decisions shall be taken by unanimous vote; however, abstention by one or more representatives shall not preclude unanimity.

ARTICLE 5

The Committee shall:

- (a) address to the bodies concerned recommendations on the research which it deems necessary to carry out, and recommend the allocation of tasks among the Signatories;
- (b) encourage co-operation between partners from different countries;
- (c) follow the progress of the work and recommend, where appropriate, such changes as may be necessary in the direction or the volume of the work being undertaken;
- (d) publish, annually and at the end of the project, a report containing conclusions on the results of the operations covered by the project.

ARTICLE 6

At the request of the Signatories, the Secretariat of the Committee shall be provided by the Commission of the European Communities.

ARTICLE 7

The research outlay devoted to the work to be carried out under the project shall be divided as follows among the Signatories:

<i>Signatories</i>	<i>Maximum annual contribution in UA</i>
Governments of	
Denmark	40,000
Federal Republic of Germany	51,000
French Republic	45,000 (for topic 1 only)
Italian Republic	60,000
Kingdom of the Netherlands	30,000
Socialist Federal Republic of Yugoslavia	40,000
Kingdom of Norway	60,000
Swiss Confederation	120,000
Sweden	50,000
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	20,000

In this context, each Signatory shall be responsible for financing the work carried out under this project on its initiative.

However, a financial contribution may be made by a Signatory towards work carried out upon the initiative of another Signatory on the basis of an agreement between them.

Any joint expenses shall be shared equally among the Signatories, with the exception of Secretariat expenses.

ARTICLE 8

Applications for the award of contracts pursuant to Article 1 may be submitted by industrial undertakings and research establishments, preferably working in association, which are capable of carrying out all or any part of the planned research or of having certain parts thereof carried out on their behalf and on their responsibility.

ARTICLE 9

The Signatories shall address to the Secretariat of the Committee the research proposals submitted to them.

ARTICLE 10

The Signatories shall be responsible for the administration and financial management of the contracts that they conclude.

ARTICLE 11

1. The information and industrial property rights which any Signatory has obtained from its own work in implementing this project shall remain the property of that Signatory in so far as it is entitled to them under its national legislation. It may make use of the information belonging to the other Signatories for its own requirements in the fields of public safety and public health.

The other Signatories shall be entitled, for the requirements defined in the preceding sub-paragraph, to a non-exclusive licence, free of charge, on the information and industrial property rights of any Signatory arising out of its work in implementing the project.

2. At the request of another Signatory, each Signatory shall grant non-exclusive licences on its information and industrial property rights referred to in paragraph 1, on fair and reasonable terms, having due regard to the financial contribution of the applicant Signatory, to undertakings established in the territory of the latter.

3. The Signatories shall not prevent the use of the information and industrial property rights referred to in paragraphs 1 and 2 on the terms set out in those paragraphs, by invoking against such use any prior property rights which they may possess.

4. Where under national law the information and industrial property rights do not belong exclusively to the Signatories, the latter undertake to grant each other, on the basis of the provisions of their national laws, licences with the possibility of granting sub-licences, in order to ensure that this Article is implemented effectively.

ARTICLE 12

The Signatories shall insert in the contracts a clause requiring the industrial undertakings or research establishments to submit periodic progress reports and a final report.

The progress reports shall be circulated in a limited number of copies to the Signatories and to the Committee and shall be confidential to the extent that they contain detailed technical information. The circulation of the final report shall be much wider; the details thereof shall be decided by the Committee.

ARTICLE 13

Without prejudice to the provisions of national laws, the Signatories shall insert in the study contracts and the research and development contracts, clauses enabling the application of the following provisions for as long as the industrial property rights arising out of the studies, research and development (hereinafter referred to as "research"), excluding know-how remain valid.

1. As regards the separately financed work :

(a) The industrial property rights over the research results belonging to the undertakings or research establishments which carried out the research or had it carried out on their behalf shall remain their

property; but a Signatory concluding contracts which, in execution, gave rise to such property rights, may reserve certain rights which shall be defined in the contracts.

As regards contracts concluded with research establishments (public or private research centres, university institutes and joint centres), it may be agreed that the industrial property rights are to belong to the Signatory concerned or to any other body designated by that Signatory.

The filing of applications for industrial property rights resulting from the research shall be brought to the attention of the Signatories through the agency of the Signatories to which the bodies relate.

- (b) Without prejudice to the provisions of sub-paragraph (c), the proprietor of industrial property rights resulting from research or acquired during it shall be at liberty to grant licences or dispose of the industrial property rights, it being his responsibility to inform the Signatories of such an intention through the agency of the Signatories to which the bodies relate.
- (c) In so far as the stipulations of the Treaties establishing the European Communities, the laws and regulations in force in the territory of the Signatory concerned and obligations previously contracted by the undertakings granted research contracts and notified at the time of the conclusion of these contracts do not constitute any obstacle thereto, each of the Signatories shall have the right to oppose the granting to undertakings established outside the territories of the Signatories of industrial property rights acquired by the undertakings granted research contracts during the implementation of these contracts and enabling the undertakings established outside the territories of the Signatories to manufacture or sell on the territory of the Signatory.
- (d) The proprietor of the industrial property rights shall, in the cases enumerated below, be obliged to grant a licence at the request of any Signatory other than the one who concluded the contract which in execution gave rise to the industrial property rights:
 - (i) where this is necessary, in order to meet the needs of the Signatory requesting the licence in the fields listed in Article 11 (1) first sub-paragraph;
 - (ii) where the market requirements in the territory of the Signatory requesting the licence are not satisfied, in which case the licence is to be granted to an undertaking designated by that Signatory for the purpose of enabling that undertaking to meet the requirements of the market. However, a licence shall not be granted if the proprietor establishes legitimate grounds for refusing it, in particular that he has not been given adequate notice.

To obtain the grant of these licences, the applicant Signatory shall apply to the Signatory which concluded the contract which in execution gave rise to the industrial property rights.

These licences shall be granted on fair and reasonable terms and shall be accompanied by the right to grant a sub-liscence on the same terms. They may, under the same conditions, cover the prior industrial property rights and applications for property rights of the licensor, in so far as is necessary for their utilisation.

2. As regards the jointly financed work, the provisions set out in point 1 shall be applicable, subject to the following: in the event of one of the Signatories acting as the agent for the other Signatories, the rights which it may reserve, in accordance with point 1(a), shall extend to the other Signatories.

3. The provisions set out in points 1 and 2 shall apply *mutatis mutandis* to information not covered by industrial property rights (know-how, etc.).

ARTICLE 14

The Signatories shall consult with each other, if one of them so requests, on any problem arising out of the application of this Agreement.

ARTICLE 15

1. Each of the Signatories shall notify the Secretary-General of the Council of the European Communities as soon as possible of the completion of the procedures required in accordance with its internal provisions for the purpose of implementing this Agreement.

2. For the Signatories which have transmitted the notification provided for in paragraph 1, this Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the date on which the majority of the Signatories have transmitted these notifications.⁽¹⁾

For those Signatories which transmit this notification after the entry into force of this Agreement, it shall come into force on the date of receipt of the notification.

Signatories which have not yet transmitted this notification at the time of entry into force of this Agreement shall be able to take part in the work of the Committee without voting rights for a period of six months after the entry into force of this Agreement.

3. The Secretary-General of the Council of the European Communities shall notify each of the Signatories of the deposit of the notifications provided for in paragraph 1 and of the date of entry into force of this Agreement.

ARTICLE 16

This Agreement, drawn up in a single copy in the German, English, French, Italian and Dutch languages, all texts being equally authentic, shall be deposited in the archives of the General Secretariat of the Council of the European Communities, which shall transmit a certified true copy to each of the Signatories.

⁽¹⁾ On 2 June 1972 the majority of the signatories had notified the Secretary-General of the completion of the procedures provided for in Article 15(1), and in accordance with Article 15 (2) the Agreement entered into force on 1 August 1972 for the following: Denmark, France, Norway, Sweden, Switzerland and the United Kingdom.

**ACCORD
POUR LA MISE EN OEUVRE D'UNE ACTION EUROPEENNE
DANS LE DOMAINE DES NUISANCES SUR LE THEME
“ TRAITEMENT DES BOUES D'EPURATION ”**

Les Gouvernements

du Danemark,
de la République fédérale d'Allemagne,
de la République française,
de la République italienne,
du Royaume des Pays-Bas,
de la République socialiste fédérative de Yougoslavie,
du Royaume de Norvège,
de la Confédération suisse,
de la Suède,
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

ci-après dénommés "Signataires",

ONT ACCEPTE de participer à l'action définie ci-dessous, ci-après dénommée "action", et SONT CONVENUS des dispositions qui suivent:

ARTICLE 1

Les Signataires coordonnent entre eux leurs efforts dans l'action qui est entreprise en vue de la confrontation des méthodes de traitement et d'élimination des boues d'épuration appliquées dans différents pays. La description générale des travaux envisagés pour cette action figure en annexe.

Les opérations de recherche et de développement sont effectuées essentiellement par le moyen de travaux confiés à des établissements publics de recherche qui acceptent de travailler en s'associant sur une base multinationale. Toutefois, des contrats peuvent être conclus, entre, d'une part, le ou les Signataires intéressés et, d'autre part, les entreprises industrielles et les autres établissements de recherche (centres de recherche privés, instituts universitaires ou centres communs).

ARTICLE 2

La durée des travaux prévue pour l'action s'étend sur une période de deux ans; le thème 3 doit être mis en oeuvre durant cette période par les Signataires intéressés.

ARTICLE 3

Le présent Accord est ouvert à la signature des autres Gouvernements européens ayant participé à la Conférence Ministérielle tenue à Bruxelles les 22 et 23 novembre 1971 et des Communautés Européennes, sous réserve de l'accord unanime des Signataires. Cet accord unanime n'est toutefois pas

requis jusqu'à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord, à condition que le montant affecté par les nouveaux Signataires aux travaux prévus pour l'action soit au moins égal à 20.000 unités de compte par an.

ARTICLE 4

Il est institué un Comité de gestion, ci-après dénommé "Comité", composé d'un représentant de chacun des Signataires. Chaque représentant peut, en cas de besoin, se faire accompagner d'experts ou de conseillers.

Le Comité arrête son règlement intérieur. Ce dernier fixe le quorum à atteindre pour la validité des délibérations du Comité.

Le Comité formule des recommandations motivées sur les propositions de recherches qui lui sont soumises ainsi que sur l'orientation et le volume des travaux à prévoir. Ces recommandations sont formulées à la majorité simple; les points de vue minoritaires et leur motivation peuvent être exprimés dans ces recommandations.

Au sein du Comité, chaque représentant dispose d'une voix. Les décisions de procédure sont adoptées à la majorité simple. Toute autre décision est prise à l'unanimité; toutefois, l'abstention d'un ou de plusieurs représentants ne constitue pas un obstacle à ce que l'unanimité soit acquise.

ARTICLE 5

Le Comité:

- a) adresse aux organismes intéressés des recommandations sur les recherches qui lui paraissent devoir être exécutées et recommande la répartition de ces tâches entre les Signataires;
- b) favorise la coopération entre partenaires des différents pays;
- c) suit l'avancement des travaux et recommande, le cas échéant, les modifications nécessaires à l'orientation ou au volume des travaux en cours;
- d) publie, annuellement et à la fin de l'action, un rapport assorti de conclusions sur les résultats des opérations ayant fait l'objet de l'action.

ARTICLE 6

A la demande des Signataires, le secrétariat du Comité est assuré par la Commission des Communautés Européennes.

ARTICLE 7

Les moyens de recherche consacrés aux travaux prévus pour l'action se répartissent comme suit entre les Signataires:

<i>Signataires</i>	<i>Montant maximum annuel prevu en U.C.</i>
Gouvernements	
du Danemark	40.000
de la République fédérale d'Allemagne	51.000
de la République française	45.000 (pour le thème 1 seulement)
de la République italienne	60.000
du Royaume des Pays-Bas	30.000
de la République socialiste fédérative de Yougoslavie	40.000
du Royaume de Norvège	60.000
de la Confédération suisse	120.000
de la Suède	50.000
du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	20.000

Dans ce cadre, le financement des opérations faisant l'objet de l'action est assuré par chaque Signataire en ce qui concerne les travaux effectués à son initiative.

Toutefois, une contribution financière peut être apportée par un Signataire à des travaux effectués à l'initiative d'un autre Signataire en vertu d'un accord passé entre eux.

Les frais communs éventuels, à l'exception des frais de secrétariat, sont répartis par parts égales entre les Signataires.

ARTICLE 8

Peuvent demander à bénéficier de contrats au titre de l'article 1 les entreprises industrielles et les établissements de recherche, de préférence associés entre eux, qui sont en mesure d'exécuter tout ou partie des recherches projetées ou d'en faire exécuter certaines parties pour leur compte et sous leur responsabilité.

ARTICLE 9

Les Signataires adressent au secrétariat du Comité les propositions de recherches qui leur ont été soumises.

ARTICLE 10

Les Signataires assurent la gestion administrative et financière des contrats qu'ils ont conclus.

ARTICLE 11

1. Les connaissances et les droits de propriété industrielle résultant des propres travaux de chacun des Signataires dans l'exécution de l'action restent la propriété de ce Signataire dans la mesure où ils lui appartiennent en vertu des dispositions du droit national. Il peut utiliser les connaissances appartenant aux autres Signataires pour ses besoins propres dans les domaines de la sécurité publique et de la santé publique.

Sur les connaissances et les droits de propriété industrielle d'un Signataire résultant de ses travaux dans l'exécution de l'action, les autres Signataires jouissent d'une licence non exclusive et gratuite pour les besoins dans les domaines définis au premier alinéa.

2. A la demande d'un autre Signataire, chacun des Signataires concède à des entreprises établies sur le territoire du Signataire demandeur, à des conditions équitables et raisonnables et compte tenu de la participation financière de ce Signataire, des licences non exclusives sur ses connaissances et ses droits de propriété industrielle, tels qu'ils sont visés au paragraphe 1.

3. Les Signataires n'empêchent pas l'utilisation des connaissances et des droits de propriété industrielle visés aux paragraphes 1 et 2 dans les conditions prévues à ces derniers en opposant à cette utilisation des droits de propriété antérieurs dont ils auraient la disposition.

4. Lorsqu'en vertu du droit national, les connaissances et les droits de propriété industrielle n'appartiennent pas à titre exclusif aux Signataires, ceux-ci s'engagent à se faire concéder, sur la base des dispositions de leur droit national, des licences, avec possibilité de concession de sous-licences, pour assurer l'application effective du présent article.

ARTICLE 12

Les Signataires insèrent dans les contrats une clause obligeant les entreprises industrielles ou les établissements de recherche à présenter des rapports périodiques d'avancement et un rapport final.

Les rapports d'avancement ont une diffusion confidentielle limitée aux Signataires et au Comité dans la mesure où ils contiennent des informations techniques détaillées. Le rapport final fait l'objet d'une diffusion plus large, dont les conditions sont arrêtées par le Comité.

ARTICLE 13

Les Signataires insèrent dans les contrats d'études, de recherches et de développement, sans préjudice des dispositions du droit national, des clauses permettant d'appliquer les dispositions suivantes aussi longtemps que subsistent les droits de propriété industrielle nés des études, des recherches ou du développement, ci-après dénommés "recherche", ceux-ci n'incluant pas le savoir-faire.

1. En ce qui concerne les travaux financés séparément:

a) Les droits de propriété industrielle sur les résultats de la recherche appartenant aux entreprises ou aux établissements de recherche qui ont exécuté ou fait exécuter cette recherche pour leur compte restent

leur propriété; toutefois, le Signataire qui a conclu les contrats dont l'exécution a donné naissance à ces droits de propriété peut se réserver certains droits qui sont précisés dans les contrats.

En ce qui concerne les contrats passés avec des établissements de recherche (centres de recherche publics ou privés, instituts universitaires et centres communs), il peut être convenu que les droits de propriété industrielle appartiennent au Signataire intéressé ou à tout autre organisme qu'il désigne.

Le dépôt des demandes de droits de propriété industrielle résultant de la recherche est porté à la connaissance des Signataires par l'intermédiaire des Signataires dont les organismes relèvent.

- b) Sans préjudice des dispositions énoncées sous c), le titulaire des droits de propriété industrielle issus de la recherche ou acquis au cours de celle-ci a la liberté de concéder des licences ou de céder des droits de propriété industrielle, à charge pour lui d'informer les Signataires de son intention par l'intermédiaire des Signataires dont les organismes relèvent.
- c) Dans la mesure où les stipulations des Traité instituant les Communautés Européennes, les lois et les règlements en vigueur sur le territoire du Signataire intéressé et les obligations antérieurement contractées par les entreprises titulaires de contrats de recherche et notifiées lors de la conclusion de ces contrats n'y mettent pas obstacle, chacun des Signataires a le droit de s'opposer à la concession, à des entreprises établies en dehors des territoires des Signataires, de droits de propriété industrielle acquis par les entreprises titulaires des contrats de recherche à l'occasion de l'exécution de ces contrats et permettant aux entreprises établies en dehors des territoires des Signataires la fabrication ou la vente sur le territoire du Signataire.
- d) Dans les cas énumérés ci-après, le titulaire des droits de propriété industrielle résultant de la recherche est tenu d'accorder une licence à la demande d'un Signataire autre que celui qui a conclu le contrat dont l'exécution a donné naissance à ces droits de propriété:
 - lorsqu'il s'agit de satisfaire, dans les domaines définis à l'article 11 paragraphe 1 premier alinéa, les besoins propres du Signataire qui demande la licence;
 - lorsque les besoins du marché sur le territoire du Signataire qui demande la licence ne sont pas satisfaits, la licence devant être concédée à une entreprise désignée par ledit Signataire afin de permettre à celle-ci de satisfaire les besoins de ce marché. Toutefois, la licence n'est pas accordée si le titulaire établit l'existence d'une raison légitime de refus, et notamment le fait de n'avoir pas joui d'un délai adéquat.

Pour obtenir la concession de ces licences, le Signataire demandeur s'adresse au Signataire qui a conclu le contrat dont l'exécution a donné naissance à ces droits de propriété.

Ces licences sont accordées à des conditions équitables et raisonnables et doivent être assorties du droit de concéder une sous-licence aux mêmes conditions. Elles peuvent s'étendre dans les mêmes conditions

aux droits de propriété industrielle et demandes de droits de propriété antérieurs appartenant au donneur de licence, dans la mesure nécessaire à leur exploitation.

2. En ce qui concerne les travaux financés en commun, les dispositions du point 1 sont applicables sous réserve que, dans le cas où l'un des Signataires agit comme mandataire des autres Signataires, les droits qu'il peut se réserver au titre du point 1 sous a) sont étendus aux autres Signataires.

3. Les dispositions des points 1 et 2 s'appliquent *mutatis mutandis* aux connaissances non couvertes par les droits de propriété industrielle (savoir-faire, etc.).

ARTICLE 14

Les Signataires se consultent, si l'un d'eux le demande, sur tout problème soulevé par l'application du présent Accord.

ARTICLE 15

1. Chacun des Signataires notifie au Secrétaire Général du Conseil des Communautés Européennes, dans les meilleurs délais, l'accomplissement des formalités requises en vertu de ses dispositions internes pour la mise en vigueur du présent Accord.

2. Pour les Signataires qui ont transmis la notification prévue au paragraphe 1, le présent Accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant la date à laquelle la majorité des Signataires ont transmis cette notification.

Pour les Signataires qui transmettent ladite notification après l'entrée en vigueur du présent Accord, ce dernier entre en vigueur à la date de réception de la notification.

Les Signataires qui n'ont pas encore transmis ladite notification lors de l'entrée en vigueur du présent Accord peuvent participer sans droit de vote aux travaux du Comité pendant une période de six mois après l'entrée en vigueur du présent Accord.

3. Le Secrétaire Général du Conseil des Communautés Européennes notifie à chacun des Signataires le dépôt des notifications prévues au paragraphe 1 et la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

ARTICLE 16

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, anglaise, française, italienne et néerlandaise, tous les textes faisant également foi, est déposé dans les archives du Secrétariat Général du Conseil des Communautés Européennes, qui en remet une copie certifiée conforme à chacun des Signataires.

**ACCORDO
PER LA REALIZZAZIONE DI UNA AZIONE EUROPEA NEL
SETTORE DEGLI INCONVENIENTI AMBIENTALI SUL TEMA
“ TRATTAMENTO DELLE MELME DI DEPURAZIONE ”**

I Governi

della Danimarca,
della Repubblica Federale Tedesca,
della Repubblica francese,
della Repubblica italiana,
del Regno dei Paesi Bassi,
della Repubblica socialista federativa di Jugoslavia,
del Regno di Norvegia,
della Confederazione svizzera,
della Svezia,
del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord,

in appresso denominati “ Firmatari ”,

HANNO ACCETTATO di partecipare all’azione qui di seguito definita, in appresso denominata “ azione ”, ed HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni:

ARTICOLO 1

I Firmatari coordinano i loro sforzi per l’azione intrapresa al fine di confrontare i metodi di trattamento e di eliminazione delle melme di depurazione applicati in vari paesi. Nell’allegato figura la descrizione generale dei lavori prospettati per detta azione.

Le operazioni di ricerca e di sviluppo sono effettuate essenzialmente mediante lavori affidati a stabilimenti pubblici di ricerca che accettino di lavorare associandosi su base multinazionale. Tuttavia, possono essere stipulati contratti fra il Firmatario o i Firmatari interessati, da un lato, e le imprese industriali e gli altri stabilimenti di ricerca (centri di ricerca privati, istituti universitari o centri comuni) dall’altro.

ARTICOLO 2

La durata dei lavori prevista per l’azione è di due anni al massimo; il tema 3 deve essere attuato dai Firmatari interessati durante tale periodo.

ARTICOLO 3

Il presente Accordo è aperto alla firma degli altri Governi europei che hanno partecipato alla Conferenza Ministeriale svoltasi a Bruxelles il 22 e 23 novembre 1971 e delle Comunità Europee, con riserva dell’accordo unanime

dei Firmatari. Tale accordo unanime non è tuttavia richiesto fino alla data di entrata in vigore del presente Accordo, purchè l'importo destinato dai nuovi Firmatari ai lavori previsti per l'azione sia almeno pari a 20.000 unità di conto per anno.

ARTICOLO 4

E' istituito un Comitato di gestione, in appresso denominato "Comitato", composto di un rappresentante di ciascun Firmatario. Ogni rappresentante puo', ove occorra, farsi accompagnare da esperti o da consulenti.

Il Comitato adotta il suo regolamento interno. Questo regolamento stabilisce il quorum necessario per la validità delle deliberazioni del Comitato.

Il Comitato formula raccomandazioni motivate sulle proposte di ricerca presentategli e sull'orientamento e l'entità dei lavori da prevedere. Queste raccomandazioni sono formulate a maggioranza semplice; in esse possono essere espressi i punti di vista minoritari e la loro motivazione.

In seno al Comitato ogni rappresentante dispone di un voto. Le decisioni procedurali sono acquisite a maggioranza semplice. Ogni altra decisione è presa all'unanimità; tuttavia, l'astensione di uno o più rappresentanti non costituisce ostacolo al raggiungimento dell'unanimità.

ARTICOLO 5

Il Comitato:

- a) rivolge raccomandazioni agli organismi interessati sulle ricerche che, a suo parere, devono essere eseguite e raccomanda la suddivisione di tali compiti tra i Firmatari;
- b) favorisce la cooperazione tra i partners dei vari paesi;
- c) segue l'andamento dei lavori e, ove occorra, raccomanda le modifiche necessarie all'orientamento o all'entità dei lavori in corso;
- d) ogni anno ed alla fine dell'azione pubblica una relazione, corredata di conclusioni sui risultati delle operazioni oggetto dell'azione.

ARTICOLO 6

Su richiesta dei Firmatari il segretariato del Comitato viene assicurato dalla Commissione delle Comunità Europee.

ARTICOLO 7

I mezzi di ricerca dedicati ai lavori previsti per l'azione sono cosi' suddivisi fra i Firmatari:

	<i>Firmatari</i>		<i>Importo massimo annuo in U.C.</i>
Governi			
della Danimarca	40.000
della Repubblica Federale Tedesca	51.000
della Repubblica francese	45.000 (esclusivamente per il tema 1)
della Repubblica italiana	60.000
del Regno dei Paesi Bassi	30.000
della Repubblica socialista federativa di Jugoslavia			40.000
del Regno di Norvegia	60.000
della Confederazione svizzera	120.000
della Svezia	50.000
del Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord	20.000

In tale ambito, il finanziamento delle operazioni oggetto dell'azione è assicurato da ciascun Firmatario per quanto concerne i lavori da effettuare di sua iniziativa.

Tuttavia, un contributo finanziario può essere apportato da un Firmatario per lavori effettuati su iniziativa di un altro Firmatario, in virtù di un accordo tra loro stipulato.

Le eventuali spese comuni sono suddivise in parti uguali tra i Firmatari, escluse le spese di segretariato.

ARTICOLO 8

Possono chiedere di beneficiare di contratti in virtù dell'articolo 1, le imprese industriali e gli stabilimenti di ricerca, preferibilmente associati tra loro, che siano in grado di eseguire in tutto o in parte le ricerche progettate o di farne eseguire talune parti per proprio conto e sotto la propria responsabilità.

ARTICOLO 9

I Firmatari trasmettono al Segretariato del Comitato le proposte di ricerche loro presentate.

ARTICOLO 10

I Firmatari assicurano la gestione amministrativa e finanziaria dei contratti da essi stipulati.

ARTICOLO 11

1. Le conoscenze ed i diritti di proprietà industriale risultanti dai lavori di ciascuno dei Firmatari nell'esecuzione dell'azione restano di proprietà di tale Firmatario quando gli appartengono a norma delle disposizioni del suo diritto nazionale. Egli può utilizzare le conoscenze appartenenti agli altri Firmatari per le proprie esigenze in materia di sicurezza pubblica e di sanità pubblica.

In ragione delle esigenze di cui al primo comma, gli altri Firmatari godono di una licenza non esclusiva e gratuita sulle conoscenze e sui diritti di proprietà industriale risultanti dai lavori di un Firmatario nell'esecuzione dell'azione.

2. Su richiesta di un altro Firmatario, ogni Firmatario concede, a condizioni eque e ragionevoli e tenendo conto della partecipazione finanziaria del Firmatario richiedente, licenze non esclusive sulle sue conoscenze e sui suoi diritti di proprietà industriale quali previsti al paragrafo 1 alle imprese insediate sul territorio del Firmatario richiedente.

3. I Firmatari non impediscono l'utilizzazione delle conoscenze e diritti di proprietà industriale di cui ai paragrafi 1 e 2, alle condizioni in essi previste, opponendo a detta utilizzazione diritti di proprietà precedenti eventualmente in loro possesso.

4. Allorchè, a norma del diritto nazionale, le conoscenze ed i diritti di proprietà industriale non appartengono a titolo esclusivo ai Firmatari, essi si impegnano a farsi concedere licenze, in base alle disposizioni de loro diritto nazionale, con possibilità di concessione di sublicenze, onde assicurare l'effettiva applicazione del presente articolo.

ARTICOLO 12

I Firmatari inseriscono nei contratti una clausola che obbliga le imprese industriali o gli stabilimenti di ricerca a presentare relazioni periodiche sull'andamento dei lavori ed una relazione finale.

Le relazioni periodiche sull'andamento dei lavori, che contengono informazioni tecniche dettagliate, vengono distribuite in via confidenziale soltanto ai Firmatari ed al Comitato. La relazione finale viene distribuita su scala più vasta; le condizioni di tale distribuzione vengono adottate dal Comitato.

ARTICOLO 13

I Firmatari inseriscono nei contratti di studio, di ricerca e di sviluppo, salvo le disposizioni del diritto nazionale, clausole che consentano di applicare le seguenti disposizioni finchè sussistono i diritti di proprietà industriale risultanti dallo studio, dalla ricerca o dallo sviluppo, in appresso denominati "ricerca", escluso il know how.

1. Per quanto riguarda i lavori finanziati separatamente:

a) I diritti di proprietà industriale sui risultati della ricerca appartenenti alle imprese o agli stabilimenti di ricerca che hanno eseguito o fatto eseguire detta ricerca per loro conto restano di loro proprietà; il Firmatario che ha stipulato i contratti la cui esecuzione ha dato luogo a questi diritti di proprietà puo' tuttavia riservarsi taluni diritti che vengono precisati nei contratti.

Per i contratti stipulati con stabilimenti di ricerca (centri di ricerca pubblici o privati, istituti universitari e centri comuni) si puo' convenire che i diritti di proprietà industriale appartengono al Firmatario interessato o a qualsiasi altro organismo che esso designi.

Il deposito delle domande di diritti di proprietà industriale risultanti dalla ricerca viene comunicato ai Firmatari per il tramite dei Firmatari da cui dipendono gli organismi.

- b) Salvo le disposizioni di cui alla lettera c), il titolare dei diritti di proprietà industriale derivanti dalla ricerca o acquisiti nel corso di quest'ultima puo' concedere licenze o cedere i diritti di proprietà industriale, con l'obbligo di informare i Firmatari della sua intenzione per il tramite dei Firmatari da cui dipendono gli organismi.
- c) Se le disposizioni dei Trattati che istituiscono le Comunità Europee, le leggi ed i regolamenti vigenti sul territorio del Firmatario interessato e gli obblighi precedentemente assunti dalle imprese titolari di contratti di ricerca e notificati alla conclusione dei contratti stessi non vi si oppongono, ciascun Firmatario ha il diritto di opporsi alla concessione, ad imprese insediate al di fuori dei territori dei Firmatari, di diritti di proprietà industriale acquisiti dalle imprese titolari dei contratti di ricerca nel corso dell'esecuzione di tali contratti, che consentano alle imprese insediate al di fuori del territorio dei Firmatari la fabbricazione o la vendita sul territorio del Firmatario.
- d) Nei casi qui appresso elencati il titolare dei diritti di proprietà industriale risultanti dalla ricerca, ha l'obbligo di concedere una licenza, su richiesta di un Firmatario diverso da quello che ha stipulato il contratto la cui esecuzione ha dato luogo a questi diritti di proprietà:
 - quando si devono soddisfare nei settori definiti all'articolo 11, paragrafo 1, primo comma, le esigenze del Firmatario che chiede la licenza;
 - quando le esigenze del mercato sul territorio del Firmatario che chiede la licenza non sono soddisfatte, nel qual caso la licenza deve essere concessa a favore di un'impresa designata dal Firmatario stesso onde consentire a quest'ultima di soddisfare le esigenze di detto mercato. Tuttavia la licenza non viene concessa se il titolare stabilisce l'esistenza di un motivo legittimo di rifiuto, in particolare, il fatto di non aver potuto disporre di un termine adeguato.

Per ottenere la concessione di queste licenze il Firmatario richiedente si rivolge al Firmatario che ha stipulato il contratto la cui esecuzione ha dato luogo a tali diritti di proprietà.

Le licenze vengono concesse a condizioni eque e ragionevoli e devono comportare il diritto di concedere una sublicenza alle stesse condizioni. Esse possono estendersi, alle stesse condizioni, ai diritti di proprietà industriale e alle domande di diritti di proprietà precedenti appartenenti al datore della licenza, nella misura necessaria al loro sfruttamento.

2. Per quanto riguarda i lavori finanziati in comune le disposizioni del punto 1 sono applicabili con la riserva che, nel caso in cui uno dei Firmatari agisca in veste di mandatario degli altri Firmatari, i diritti che puo' riservarsi in virtù del punto 1, lettera a), sono estesi agli altri Firmatari.

3. Le disposizioni dei punti 1 e 2 si applicano *mutatis mutandis* alle conoscenze non coperte dai diritti di proprietà industriale (know how, ecc.).

ARTICOLO 14

I firmatari si consultano, su richiesta di uno di essi, su qualsiasi problema posto dall'applicazione del presente Accordo.

ARTICOLO 15

1. Ciascuno dei Firmatari notifica al più presto, al Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee, l'espletamento delle formalità necessarie in base alle sue disposizioni interne per l'entrata in vigore del presente Accordo.

2. Per i Firmatari che hanno trasmesso la notifica prevista al paragrafo 1, il presente Accordo entra in vigore il primo giorno del secondo mese successivo alla data in cui la maggioranza dei Firmatari ha trasmesso tale notifica.

Per i Firmatari che trasmettono la notifica suddetta dopo la data di entrata in vigore del presente Accordo, esso entra in vigore alla data di ricezione della notifica.

I Firmatari che non hanno ancora trasmesso la notifica suddetta alla data di entrata in vigore del presente Accordo, possono partecipare ai lavori del Comitato senza diritto di voto per un periodo di sei mesi dopo l'entrata in vigore del presente Accordo.

3. Il Segretario Generale del Consiglio delle Comunità Europee notifica a ciascuno dei Firmatari l'avvenuto deposito delle notifiche di cui al paragrafo 1 e la data di entrata in vigore del presente Accordo.

ARTICOLO 16

Il presente Accordo, redatto in unico esemplare, in lingua tedesca, inglese, francese, italiana e olandese, i testi facenti tutti ugualmente fede, è depositato negli archivi del Segretariato Generale del Consiglio delle Comunità Europee che provvede a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Firmatari.

**OVEREENKOMST
VOOR HET VOEREN VAN EEN EUROPESE ACTIE OP HET
GEBIED VAN DE MILIEUHYGIENE MET ALS ONDERWERP
“BEHANDELING VAN ZUIVERINGSSLIB”**

De Regeringen

van Denemarken,
de Bondsrepubliek Duitsland,
de Franse Republiek,
de Italiaanse Republiek,
het Koninkrijk der Nederlanden,
de Socialistische Federatieve Republiek Joegoslavië,
het Koninkrijk Noorwegen,
het Zwitserse Eedgenootschap,
Zweden,
het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland,

hierna te noemen “Ondertekenaars”,

HEBBEN ZICH BEREID VERKLAARD, deel te nemen aan de hieronder omschreven actie, hierna te noemen “de actie”, en HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT over de volgende bepalingen:

ARTIKEL 1

De Ondertekenaars coördineren onderling hun werkzaamheden voor de actie die wordt ondernomen ten einde de in verschillende landen toegepaste methoden voor de behandeling en de verwijdering van zuiveringsslib onderling te vergelijken. De algemene omschrijving der voor deze actie overwogen werkzaamheden is opgenomen in de bijlage.

Het onderzoek en de ontwikkeling vinden hoofdzakelijk plaats door middel van werkzaamheden die worden opgedragen aan openbare onderzoekinstellingen die bereid zijn in een multinationale associatie werkzaam te zijn. Er kunnen echter ook contracten worden gesloten tussen een of meer belanghebbende Ondertekenaars enerzijds en industriële ondernemingen en andere onderzoekinstellingen (openbare of particuliere onderzoekcentra, universitaire instituten of gemeenschappelijke centra) anderzijds.

ARTIKEL 2

De voorziene duur der werkzaamheden voor de actie zal een tijdvak van twee jaar beslaan; gedurende deze tijd moet de arbeid aan onderwerp 3 door de betrokken Ondertekenaars worden uitgevoerd.

ARTIKEL 3

Deze Overeenkomst kan door andere Europese Regeringen die hebben deelgenomen aan de op 22 en 23 november 1971 te Brussel gehouden Ministerconferentie en door de Europese Gemeenschappen worden ondertekend indien de Ondertekenaars daarmee eenparig instemmen. Deze eenparige instemming is evenwel niet vereist tot aan de inwerkingtreding van de Overeenkomst, mits het door de nieuwe Ondertekenaars uitgetrokken bedrag voor de voor de actie beoogde werkzaamheden ten minste gelijk is aan 20.000 rekeneenheden per jaar.

ARTIKEL 4

Er is ingesteld een Comité van Beheer, hierna te noemen "het Comité", bestaande uit een vertegenwoordiger van elk der Ondertekenaars. Elke vertegenwoordiger kan zich zo nodig doen vergezellen van deskundigen of adviseurs.

Het Comité stelt zijn Reglement van orde vast. In dit Reglement wordt het quorum voor de geldigheid van de besluitvorming van het Comité vastgesteld.

Het Comité doet gemotiveerde aanbevelingen met betrekking tot de voorstellen voor onderzoek die eraan worden voorgelegd en de oriëntering en de omvang der werkzaamheden. Deze aanbevelingen worden met eenvoudige meerderheid opgesteld; de standpunten van de minderheid en de motivering daarvan kunnen in deze aanbevelingen worden vermeld.

In het Comité beschikt elke vertegenwoordiger over één stem. Voor besluiten inzake procedurekwesties is een eenvoudige meerderheid vereist. Alle andere besluiten worden genomen met eenparigheid van stemmen; onthouding van een of meer vertegenwoordigers vormt geen beletsel voor het bereiken van de eenparigheid.

ARTIKEL 5

Het Comité:

- a) doet aan de belanghebbende organisaties aanbevelingen met betrekking tot het onderzoek dat zijns inziens moet worden verricht en voor de taakverdeling over de Ondertekenaars;
- b) bevordert de samenwerking tussen partners uit de verschillende landen;
- c) volgt de voortgang der werkzaamheden en doet in voorkomend geval aanbevelingen voor de wijzigingen die nodig zijn in de oriëntering of de omvang der lopende werkzaamheden;
- d) publiceert jaarlijks en na afloop van de actie een verslag met conclusies over de resultaten van hetgeen in het kader van de actie is verricht.

ARTIKEL 6

Op verzoek van de Ondertekenaars wordt het secretariaat van het Comité door de Commissie van de Europese Gemeenschappen waargenomen.

ARTIKEL 7

De bedragen voor onderzoek die aan de voor de actie beoogde werkzaamheden worden besteed, worden als volgt over de Ondertekenaars omgeslagen:

	<i>Ondertekenaars</i>		<i>Maximaal jaarlijks bedrag in R.E.</i>
Regering:			
van Denemarken	40.000
van de Bondsrepubliek Duitsland	51.000
van de Franse Republiek	45.000 (alleen onderwerp 1)
van de Italiaanse Republiek	60.000
van het Koninkrijk der Nederlanden	30.000
van de Socialistische Federatieve Republiek Joegoslavië	40.000
van het Koninkrijk Noorwegen	60.000
van het Zwitserse Eedgenootschap	120.000
van Zweden	50.000
van het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland	20.000

In dit kader finanziert elke Ondertekenaar de tot de actie behorende werkzaamheden die op zijn initiatief worden verricht.

Een Ondertekenaar kan echter een financiële bijdrage leveren aan werkzaamheden die op initiatief van een andere Ondertekenaar worden verricht krachtens een tussen hen gesloten overeenkomst.

De eventuele gemeenschappelijke kosten, met uitzondering van de kosten van het secretariaat, worden gelijkelijk over de Ondertekenaars verdeeld.

ARTIKEL 8

Verzoeken om contracten overeenkomstig artikel 1 kunnen worden ingediend door, bij voorkeur onderling geassocieerde, industriële ondernemingen en onderzoekinstellingen die het beoogde onderzoek geheel of gedeeltelijk kunnen verrichten of sommige delen hiervan voor hun rekening en onder hun verantwoordelijkheid kunnen laten verrichten.

ARTIKEL 9

De Ondertekenaars zenden de hun voorgelegde voorstellen voor onderzoek aan het secretariaat van het Comité.

ARTIKEL 10

De Ondertekenaars dragen zorg voor het administratieve en financiële beheer van de contracten die zij sluiten.

ARTIKEL 11

1. De kennis en de rechten van industriële eigendom die voortvloeien uit de eigen werkzaamheden van elke Ondertekenaar bij de uitvoering van de actie blijven het eigendom van deze Ondertekenaar voor zover zij hem krachtens de bepalingen van het nationale recht toebehoren. Hij kan de kennis die aan de andere Ondertekenaars toebehoort vrijelijk gebruiken voor zijn eigen behoeften op de gebieden van openbare veiligheid en volksgezondheid.

Ten aanzien van de kennis en de rechten van industriële eigendom van een Ondertekenaar die uit zijn werkzaamheden bij de uitvoering van de actie voortvloeien, beschikken de andere Ondertekenaars over een niet-uitsluitende kosteloze licenties voor de in eerste alinea vermelde behoeften.

2. Op verzoek van een andere Ondertekenaar verleent elke Ondertekenaar op billijke en redelijke voorwaarden en met inachtneming van de financiële deelneming van de verzoekende Ondertekenaar aan op diens grondgebied gevestigde ondernemingen niet-uitsluitende licenties op de kennis en de rechten van industriële eigendom, bedoeld in lid 1.

3. De Ondertekenaars verhinderen niet het gebruik van de kennis en de rechten van industriële eigendom, bedoeld in de leden 1 en 2, onder de aldaar vermelde voorwaarden, door tegen dit gebruik eerdere rechten van industriële eigendom waarover zij beschikken aan te voeren.

4. Wanneer de kennis en de rechten van industriële eigendom krachtens het nationale recht niet uitsluitend aan de Ondertekenaars toebehoren, verbinden deze zich ertoe om zich op basis van de bepalingen van hun nationale recht licenties te doen verlenen, met de mogelijkheid sub-licenties te verlenen, ten einde de daadwerkelijke toepassing van dit artikel te verzekeren.

ARTIKEL 12

De Ondertekenaars nemen in de contracten een bepaling op waarbij de industriële ondernemingen of de onderzoekinstellingen worden verplicht tot het indienen van periodieke verslagen omtrent de voortgang en van een eindverslag.

De verslagen omtrent de voortgang worden op beperkte schaal en vertrouwelijk onder de Ondertekenaars en in het Comité verspreid, voor zover zij gedetailleerde technische gegevens bevatten. Het eindverslag wordt op veel grotere schaal verspreid, volgens door het Comité vast te stellen regels.

ARTIKEL 13

De Ondertekenaars zullen onverminderd de bepalingen van het nationale recht in de contracten voor studies, onderzoek en ontwikkeling clausules opnemen op grond waarvan de volgende bepalingen kunnen worden toegepast zolang de uit de studies, het onderzoek of de ontwikkeling, hierna te noemen "het onderzoek", ontstane rechten van industriële eigendom—welke rechten geen betrekking hebben op de know-how—blijven bestaan.

1. Voor de afzonderlijke gefinancierde werkzaamheden geldt het volgende:

- a) De rechten van industriële eigendom op de resultaten van het onderzoek welke toebehoren aan de ondernemingen of onderzoekinstellingen die dit onderzoek hebben uitgevoerd of voor eigen rekening hebben doen uitvoeren, blijven hun eigendom; de Ondertekenaar die de contracten uit de uitvoering waarvan deze eigendomsrechten zijn ontstaan, heeft gesloten, kan zich echter bepaalde rechten voorbehouden, welke dan in de contracten worden aangegeven.

Voor wat de met onderzoekinstellingen (openbare of particuliere onderzoekcentra, universitaire instituten en gemeenschappelijke centra) gesloten contracten betreft, kan worden overeengekomen dat de rechten van industriële eigendom toebehoren aan de betrokken Ondertekenaar of aan enige andere door hem aangewezen organisatie.

De aanvragen om rechten van industriële eigendom die het resultaat zijn van het onderzoek, zullen ter kennis van de Ondertekenaars worden gebracht door bemiddeling van de Ondertekenaars onder welke de organisaties ressorteren.

- b) Onverminderd het bepaalde in punt c) heeft de houder van de rechten van industriële eigendom die het resultaat zijn van het onderzoek of die tijdens het onderzoek zijn verworven, de vrijheid licenties te verlenen of rechten van industriële eigendom over te dragen, mits hij de Ondertekenaars van zijn voornemen op de hoogte stelt door bemiddeling van de Ondertekenaars onder welke de organisaties ressorteren.
- c) Voor zover de bepalingen van de Verdragen tot oprichting van de Europese Gemeenschappen, de op het grondgebied van de betrokken Ondertekenaar van kracht zijnde wetten en reglementen en de eerder door de ondernemingen die onderzoekcontracten hebben gesloten aangegeane verplichtingen welke bij het sluiten van die contracten zijn bekendgemaakt, zich er niet tegen verzetten, heeft elke Ondertekenaar het recht zich te verzetten tegen het verlenen aan buiten het grondgebied van de Ondertekenaars gevestigde ondernemingen van rechten van industriële eigendom welke door ondernemingen die onderzoekcontracten hebben gesloten bij de uitvoering daarvan zijn verworven, indien op grond van deze rechten de buiten het grondgebied van de Ondertekenaars gevestigde ondernemingen op het grondgebied van de Ondertekenaar kunnen fabriceren of verkopen.
- d) In de navolgende gevallen is de houder van de rechten van industriële eigendom die het resultaat zijn van het onderzoek verplicht, op verzoek van een andere Ondertekenaar dan die welke het contract heeft gesloten uit de uitvoering waarvan deze eigendomsrechten zijn ontstaan, een licentie te verlenen:
 - indien het erom gaat, op de in de eerste alinea van artikel 11, lid 1, genoemde gebieden te voorzien in de eigen behoeften van de Ondertekenaar die om de licentie verzoekt;
 - indien niet in de behoeften van de markt op het grondgebied van de Ondertekenaar die om de licentie verzoekt is voorzien, in welk geval de licentie wordt verleend aan een door genoemde Ondertekenaar

aangewezen onderneming, ten einde deze in staat te stellen in de behoeften van die markt te voorzien. De licentie wordt evenwel niet verleend indien de houder het bestaan van een wettige reden aantoont en met name de omstandigheid dat hij niet over voldoende termijn heeft beschikt.

Voor de verlening van deze licenties richt de verzoekende Ondertekenaar zich tot de Ondertekenaar die het contract heeft gesloten uit de uitvoering waarvan deze eigendomsrechten zijn ontstaan.

Deze licenties worden verleend tegen billijke en redelijke voorwaarden en moeten het recht inhouden, op dezelfde voorwaarden een sub-licotie te verlenen. Zij kunnen op dezelfde voorwaarden mede betrekking hebben op de oudere rechten van industriële eigendom en de oudere aanvragen om eigendomsrechten die aan de licentieverlener toebehoren, voor zover zulks noodzakelijk is voor de exploitatie ervan.

2. Voor gemeenschappelijk gefinancierde werkzaamheden gelden de bepalingen van punt 1 met het volgende voorbehoud: indien een van de Ondertekenaars handelt als mandataris van de overige Ondertekenaars, vallen de rechten die hij zich krachtens punt 1, sub a), kan voorbehouden, mede toe aan de overige Ondertekenaars.

3. De bepalingen van de punten 1 en 2 zijn *mutaties mutandis* van toepassing op kennis die niet het voorwerp is van de rechten van industriële eigendom (know-how, enz.).

ARTIKEL 14

Indien een der Ondertekenaars daarom verzoekt, plegen de Ondertekenaars met elkaar overleg over elk probleem dat in verband staat met de toepassing van deze Overeenkomst.

ARTIKEL 15

1. Elke Ondertekenaar stelt de Secretaris-Generaal van de Raad der Europese Gemeenschappen zo spoedig mogelijk in kennis van de vervulling der formaliteiten die krachtens zijn interne bepalingen vereist zijn voor de inwerkingtreding van deze Overeenkomst.

2. Voor de Ondertekenaars die de in lid 1 bedoelde kennisgeving hebben gedaan, treedt deze Overeenkomst in werking op de eerste dag van de tweede maand volgende op de datum waarop de meerderheid van de Ondertekenaars deze kennisgeving hebben gedaan.

Voor de Ondertekenaars die bedoelde kennisgeving na de inwerkingtreding van deze Overeenkomst doen, treedt deze in werking op de datum van ontvangst van de kennisgeving.

De Ondertekenaars die bedoelde kennisgeving nog niet hebben gedaan bij de inwerkingtreding van deze Overeenkomst, kunnen gedurende een tijdvak van zes maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst zonder stemrecht deelnemen aan de werkzaamheden van het Comité.

3. De Secretaris-Generaal van de Raad der Europese Gemeenschappen deelt aan elke Ondertekenaar de ontvangst van de in lid 1 bedoelde kennisgevingen en de datum van inwerkingtreding van deze Overeenkomst mede.

ARTIKEL 16

Deze Overeenkomst, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Engelse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat-Generaal van de Raad van de Europese Gemeenschappen, die een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan elke Ondertekenaar.

Geschehen zu Brüssel am dreiundzwanzigsten November neunzehnhunderteinundsiebzig.

Done at Brussels on the twenty-third day of November in the year one thousand nine hundred and seventy-one.

Fait à Bruxelles, le vingt-trois novembre mil neuf cent soixante et onze.

Fatto a Bruxelles, addi' ventitre' novembre mille novecentosettantuno.

Gedaan te Brussel, drieëntwintig november negentienhonderdenenenzeventig.

SIGNATURES

	<i>State</i>		<i>Date</i>
Denmark	23 November, 1971
Finland	16 June, 1972
France	
Federal Republic of Germany	
Italy	
Netherlands	
Norway	23 November, 1971
Sweden	
Switzerland	
United Kingdom	
Yugoslavia	

ANHANG

1. Beschreibung der Aktion

Bewertung von Verfahren der Behandlung und Beseitigung von Klärschlamm durch vergleichende Beurteilung von Anlagen in industriellem Massstab in verschiedenen Ländern nach einheitlichen Kriterien.

Die geplanten vergleichenden Beurteilungen müssen nach einheitlichen Methoden zur Bestimmung von Art und Eigenschaften der Klärschlämme durchgeführt werden. Diese Harmonisierung ist unbedingt erforderlich, erst dann können die Feldarbeiten in Angriff genommen werden. Der erste Teil des Projekts besteht daher in Laborarbeiten, um Einigung darüber zu erzielen, welches Charakterisierungsverfahren bei diesen Arbeiten angewandt werden soll. Dieser ersten Phase werden weitere Laborarbeiten zur Entwicklung besserer Methoden zur Charakterisierung der Klärschlämme folgen.

2. Vorgeschlagene Untersuchungen

Die vorgeschlagenen Untersuchungen erstrecken sich auf folgende Themen:

a) *Laborarbeiten*

Auswahl einer international angewandten Methode (Thema 1). Kooperative Laborarbeiten über die Verbesserung der bestehenden Methoden (Thema 2). Im Rahmen dieser Themen wären folgende Schlammeigenschaften zu untersuchen:

- Heizwert
- granulometrische Analyse
- spezifischer Filtrationswiderstand in Verbindung mit Bestimmungen der kolloidalen Struktur und des Zustandes der Wasserverbindung
- rheologische Eigenschaften, einschliesslich Messungen der Viskosität und Kohäsion
- Zentrifugierbarkeit.

b) *Feldarbeiten*

Beurteilung von Anlagen in industriellem Massstab für kombinierte Schlamm-Müll-Verbrennung (Thema 3). Zu diesen Anlagen gehören zwei Arten von Verbrennungsanlagen: In der einen werden Schlamm und Müll gemeinsam in den gleichen Verbrennungskammern verbrannt; dieses Verfahren wird als "Einstufenverbrennung" ("single incineration") bezeichnet. In der anderen Art Anlage werden die beiden Abfallsorten in getrennten Verbrennungsöfen am gleichen Standort verbrannt, wobei die im Abfallverbrennungsofen freigesetzte Wärme zum Schlammverbrennungsofen übertragen wird. Dieses letztere Verfahren wird als Zweistufenverbrennung ("side by side incineration") bezeichnet.

Die Beurteilungsmethoden und -kriterien müssen genau spezifiziert werden, um einen objektiven Vergleich zu gewährleisten. Dies sollte auf zwei Wegen geschehen. Die Betriebstagebücher würden während eines Zeitraums von etwa einem Jahr nach einem einheitlichen Schema geführt (siehe hierzu Anlage I des Dokuments COST/100/2/71 rev. 2). Zur Erfassung sämtlicher

vorgesehener Daten könnte in den bestehenden Anlagen der Einbau zusätzlicher Mess- und Registriergeräte notwendig werden. Zusätzlich würde, zumindest einmal im Jahr, eine vollständige 24stündige Ueberprüfung der Leistungsfähigkeit der Anlage und insbesondere ihrer Wärmebilanz erfolgen.

Zur Durchführung der Aktion erforderliche Mittel

Thema 1: Standardisierung der bestehenden Verfahren zur Klärschlammcharakterisierung

Zeitdauer 1 Jahr

Jedes Laboratorium setzt

1 Fachkraft 6 Monate lang für die Arbeiten ein: 40.000 RE

Zehn Länder haben sich zur Mitwirkung bereit erklärt

= 5 Mann-Jahre zu 40.000 RE 200.000 RE

Thema 2: Verbesserung der Verfahren zur Charakterisierung von Klärschlämmen

Zeitdauer 1 Jahr

Jedes Laboratorium setzt

1 Fachkraft für die Arbeiten ein: 40.000 RE pro Jahr

Zehn Länder haben sich zur Mitwirkung bereit erklärt

= 10 Mann-Jahre zu 40.000 RE 400.000 RE

Thema 3: Beurteilung der kombinierten Schlamm-Müll-Verbrennungsanlagen

Zeitdauer 1 Jahr

Untersuchung in sechs Anlagen

Langfristige Betriebsaufzeichnungen 10.000 RE je Anlage = 60.000 RE

Zwei intensive Prüfungen je Anlage bei je 15.000 RE

= 180.000 RE

240.000 RE

840.000 RE

ANNEX

1. Definition of the project

The assessment of methods of processing and disposing of sewage sludge by the comparative evaluation, using standardised criteria, of existing plants of industrial scale in different countries.

In order to carry out the proposed comparative evaluations there must be uniform methods of determining the character and properties of sewage sludges. Such harmonisation is essential before any progression to field work. Consequently, the first part of the project will consist of laboratory work, which will allow agreement to be reached on which of the existing methods of characterisation are to be adopted. This first stage will be followed by further laboratory work on the improvement of sludge characterisation methods.

2. Proposed research

The following topics will be covered:

(a) Laboratory work

Adoption of a method for international use (topic 1). Joint laboratory work on the improvement of the existing methods (topic 2). The characteristics to be investigated under these topics are:

- (i) calorific value;
- (ii) granulometric analysis;
- (iii) specific resistance to filtration coupled with determination of colloidal structure and state of water binding;
- (iv) rheological properties, to include measurements of viscosity and cohesion;
- (v) centrifugability.

(b) Field work

The evaluation of industrial plants for the combined incineration of sludges and household refuse (topic 3). These plants include two types of incinerator. In the first, sludges and refuse are burnt together in the same combustion chamber, by a technique termed "single incineration", whereas in the second type of incinerator the two types of waste are burnt in separate plants on the same site, heat being transferred from the refuse incinerator to the sludge incinerator. This latter method is termed "side by side" incineration.

The methods and criteria for evaluation will have to be closely defined to ensure an objective comparison. Two means could be employed. The operating records over a period of, say, one year would be kept in accordance with a uniform scheme such as that laid down in Annex I to COST/100/2/71 Rev. 2. It may prove necessary for additional measuring and recording equipment to be installed at existing installations in order to provide all the stipulated data. Additionally, on at least one occasion during the year, there will be a complete 24-hour survey of the plant performance and in particular of its thermal balance.

3. Financial requirements for the implementation of the project

Topic 1: Standardisation of existing sewage sludge characterisation methods

Duration: 1 year

Each laboratory employing 1 man for $\frac{1}{2}$ year at 40,000 UA

Ten countries have expressed willingness to participate

= 5 man years at 40,000 UA 200,000 UA

Topic 2: Improvement of existing sewage sludge characterisation methods

Duration: 1 year

Each laboratory employing 1 man at 40,000 UA p.a.

Ten countries have expressed willingness to participate

= 10 man years at 40,000 UA 400,000 UA

Topic 3: Evaluation of combined sludge-refuse incineration plants

Duration: 1 year

Six plants to be investigated

Long-term records at 10,000 UA per plant = 60,000 UA

Two intensive examinations per plant at 15,000 UA each

= 180,000 UA

240,000 UA

840,000 UA

ANNEXE

1. Définition de l'action

Estimation des méthodes de traitement et d'élimination des boues d'épuration par évaluation comparative, sur la base de critères standards, des installations à l'échelle industrielle existant dans différents pays.

Pour effectuer l'évaluation comparative proposée, il est nécessaire de disposer de méthodes uniformes pour déterminer la nature et les propriétés des boues d'épuration. Il est indispensable de procéder à cette harmonisation avant de passer aux applications pratiques. Par conséquent, la première partie du projet comprendra des travaux de laboratoire permettant de trouver un accord sur les méthodes de caractérisation à adopter. Cette première phase des travaux sera suivie d'une autre phase de travaux en laboratoire destinés à perfectionner les méthodes pour la caractérisation des boues d'épuration.

2. Recherches proposées

Elles portent sur les thèmes suivants:

a) *Travaux en laboratoire*

Adoption d'une méthode au niveau international (thème 1). Travaux communs de laboratoire pour perfectionner des méthodes existantes (thème 2). Les caractéristiques à étudier dans ces thèmes sont les suivantes:

- valeur calorifique,
- analyse granulométrique,
- résistance spécifique à la filtration et détermination de la structure de l'état colloïdal et des états de liaison de l'eau,
- propriétés rhéologiques avec mesures de la viscosité et de la cohésion,
- centrifugabilité.

b) *Applications pratiques*

Evaluation des installations industrielles procédant à l'incinération combinée des boues et des ordures ménagères (thème 3). Ces installations comprennent deux types d'incinérateurs. Dans le premier type, les boues et les ordures sont brûlées ensemble dans les mêmes chambres de combustion suivant une technique appelée " incinérateur unique ", tandis que, dans le second type, elles sont brûlées dans des installations séparées situées sur le même site, la chaleur étant transférée de l'incinérateur des ordures dans l'incinérateur des boues, suivant une technique appelée " incinération côte à côté ".

Les méthodes et critères d'évaluation devront être précisés avec soin afin que la comparaison puisse être effectuée en toute objectivité. Deux moyens pourraient être employés. Les procès-verbaux d'exploitation pour une période d'un an, par exemple, seraient maintenus en conformité avec un schéma uniforme analogue au modèle figurant en annexe I au doc. COST/100/2/71 rév. 2. Il peut se révéler nécessaire d'équiper les installations actuelles d'appareils de mesure et d'enregistrement supplémentaires afin d'obtenir toutes

les données prescrites. En outre, au moins une fois par an, on procédera pendant 24 heures à une étude complète du rendement de l'installation et, en particulier, de son bilan thermique.

3. Besoins financiers pour la mise en oeuvre de l'action

Thème 1: Normalisation des méthodes actuelles de caractérisation des boues d'épuration

Durée: 1 an

Chaque laboratoire employant un homme pendant $\frac{1}{2}$ année
à 40.000 U.C.

10 pays ont exprimé leur volonté de participer aux travaux

= 5 hommes/an à 40.000 U.C. 200.000 U.C.

Thème 2: Amélioration des méthodes actuelles de caractérisation des boues d'épuration

Durée: 1 an

Chaque laboratoire employant un homme à 40.000 U.C. par an

10 pays ont exprimé leur volonté de participer aux travaux

= 10 hommes/an à 40.000 U.C. 400.000 U.C.

Thème 3: Evaluation des installations d'incinération combinée des boues et des ordures ménagères

Durée: 1 an

6 installations seront étudiées

Procès-verbaux à long terme à 10.000 U.C. par installation

= 60.000 U.C.

2 examens intensifs par installation à 15.000 U.C. chacun

= 18.000 U.C.

240.000 U.C.

840.000 U.C.

ALLEGATO

1. Definizione dell'azione

Estimazione dei metodi di trattamento e di eliminazione delle melme di depurazione mediante valutazione comparativa, sulla base di criteri standard, degli impianti su scala industriale esistenti nei vari paesi.

Per procedere alla valutazione comparativa proposta è necessario poter disporre di metodi uniformi per determinare la natura e le proprietà delle melme di depurazione. È indispensabile procedere alla suddetta armonizzazione prima di passare alle applicazioni pratiche. Di conseguenza, la prima parte del progetto comprenderà lavori di laboratorio che consentano di raggiungere un accordo sui metodi di caratterizzazione da adottare. Questa prima fase dei lavori sarà seguita da un'altra fase di lavori in laboratorio destinati a perfezionare i metodi per la caratterizzazione delle melme di depurazione.

2. Ricerche proposte

Esse vertono sui temi seguenti:

a) *Lavori in laboratorio*

Adozione di un metodo a livello internazionale (tema 1). Lavori comuni di laboratorio per il perfezionamento dei metodi esistenti (tema 2). Le caratteristiche da studiare nell'ambito dei temi suddetti sono le seguenti:

- valore calorifico,
- analisi granulometrica,
- resistenza specifica alla filtrazione e determinazione della struttura dello stato colloidale e degli stadi di legamento dell'acqua,
- proprietà reologiche con misurazione della viscosità e della coesione,
- centrifugabilità.

b) *Applicazioni pratiche*

Valutazione degli impianti industriali che procedono all'incenerimento combinato delle melme e delle immondizie (tema 3). Questi impianti comprendono due tipi di inceneritori. Nel primo tipo le melme e le immondizie sono bruciate insieme nelle stesse camere di combustione secondo una tecnica detta "inceneritore unico", mentre nel secondo tipo esse sono bruciate in impianti separati situati nel medesimo luogo; il calore viene trasferito dall'inceneritore delle immondizie nell'inceneritore delle melme secondo una tecnica detta "incenerimento affiancato".

I metodi e criteri di valutazione dovranno essere accuratamente precisati affinché il confronto possa essere effettuato con la massima obiettività. Potrebbero essere utilizzati due mezzi. I processi verbali di esercizio, per esempio per un periodo di un anno, sarebbero mantenuti secondo uno schema uniforme analogo al modello riportato nell'allegato I al doc. COST/100/71 riv. 2. Potrebbe risultare necessario attrezzare gli impianti attuali con apparecchiature di misura e di registrazione supplementari onde ottenere

tutti i dati prescritti. Inoltre, almeno una volta all'anno, si procederà durante 24 ore ad uno studio completo del rendimento dell'impianto e, in particolare, del suo bilancio termico.

3. Necessità finanziarie per l'attuazione dell'azione

Tema 1: Normalizzazione dei metodi attuali di caratterizzazione delle melme di depurazione

Durata: 1 anno

Ciascun laboratorio occuperebbe un uomo durante 6 mesi
a 40.000 U.C.

10 paesi hanno espresso la loro volontà di partecipare ai lavori

= 5 uomini/anno a 40.000 U.C. 200.000 U.C.

Tema 2: Miglioramento dei metodi attuali di caratterizzazione delle melme di depurazione

Durata: 1 anno

Ciascun laboratorio occuperebbe un uomo a 40.000 U.C. all'anno

10 paesi hanno espresso la loro volontà di partecipare ai lavori

= 10 uomini/anno a 40.000 U.C. 400.000 U.C.

Tema 3: Valutazione degli impianti di incenerimento combinati delle melme e delle immondizie

Durata: 1 anno

6 impianti saranno studiati

Processi-verbali a lungo termine a 10.000 U.C. per impianto
= 60.000 U.C.

2 esami intensivi per impianto a 15.000 U.C. ciascuno
= 180.000 U.C.

240.000 U.C.

840.000 U.C.

BIJLAGE

1. Omschrijving van de actie

Beoordeling van de methoden voor de behandeling en de verwijdering van zuiveringsslib, door vergelijkende evaluatie, aan de hand van standaardcriteria, van de installaties op industriële schaal die in verschillende landen bestaan.

Voor de voorgestelde vergelijkende evaluatie moet men beschikken over uniforme methoden ter bepaling van de aard en de eigenschappen van zuiveringsslib. Deze harmonisering is noodzakelijk voordat tot praktische toepassingen wordt overgegaan. Derhalve omvat het eerste deel van het project laboratoriumwerkzaamheden waardoor een akkoord kan worden bereikt over de te volgen methoden ter bepaling van de eigenschappen. Deze eerste fase zal worden gevolgd door een fase met laboratoriumonderzoek ter verbetering van de methoden voor de bepaling van de eigenschappen van zuiveringsslib.

2. Voorgesteld onderzoek

Het betreft hier de volgende onderwerpen:

a) *Laboratoriumonderzoek*

Aanvaarding van een methode op internationaal vlak (onderwerp 1). Gemeenschappelijk laboratoriumonderzoek ter verbetering van de bestaande methoden (onderwerp 2). Bij deze onderwerpen moeten de volgende eigenschappen worden bestudeerd:

- verbrandingswaarde,
- korrelgrootteverdeling,
- specifiekefiltratieweerstand en bepaling van de colloïdale structuur en van de aard van de binding met water,
- reologische hoedanigheden met metingen van de viscositeit en de cohesie,
- centrifugeerbaarheid.

b) *Praktische toepassingen*

Evaluatie van de industriële installaties waar gecombineerde verbranding van slib en huisvuil plaatsvindt (onderwerp 3). Hiervoor bestaan er twee typen verbrandingsinstallaties. Bij het eerste type worden slib en vuil samen in dezelfde verbrandingskamer verbrand volgens de zogenaamde "single incineration"—techniek, terwijl bij het tweede type de twee soorten afval in afzonderlijke installaties op hetzelfde terrein worden verbrand, waarbij de warmte van de vuilverbrander naar de slibverbrander wordt geleid, volgens de zogenaamde "side bij side"—techniek.

De evaluatiemethoden en -criteria moeten nauwkeurig worden aangegeven, zodat de vergelijking in alle objectiviteit kan worden gemaakt. Er kunnen twee middelen worden gebruikt. De bedrijfsverslagen over een tijdvak van bijvoorbeeld een jaar zouden worden opgesteld overeenkomstig een uniform schema dat analoog is aan het in bijlage I van document COST/100/2/71 herz. 2 voorkomende model. Het kan nodig blijken om de huidige installaties

te voorzien van aanvullende meet- en registratieapparatuur ten einde alle voorgeschreven gegevens te verkrijgen. Voorts zal ten minste eenmaal per jaar gedurende één etmaal een volledige studie worden gemaakt van het rendement van de installatie, inzonderheid van de thermische balans.

3. Financiële behoeften voor het uitvoeren van de actie

Onderwerp 1: Normalisering van de huidige methoden ter bepaling van de eigenschappen van zuiveringsslib

Duur: 1 jaar

Elk laboratorium heeft een man gedurende een $\frac{1}{2}$ jaar in dienst
à 40.000 R.E.

Tien landen wensen aan de werkzaamheden deel te nemen

= 5 man/jaar à 40.000 R.E. 200.000 R.E.

Onderwerp 2: Verbetering van de huidige methoden ter bepaling van de eigenschappen van zuiveringsslib

Duur: 1 jaar

Elk laboratorium heeft een man in dienst à 40.000 R.E. per jaar

Tien landen wensen aan de werkzaamheden deel te nemen

= 10 man/jaar à 40.000 R.E. 400.000 R.E.

Onderwerp 3: Evaluatie van de gecombineerde verbrandingsinstallaties voor slib en huisvuil

Duur: 1 jaar

Er zullen zes installaties worden bestudeerd

Lange-termijnverslagen à 10.000 R.E. per installatie = 60.000 R.E.

Twee uitvoerige studies per installatie à 15.000 R.E. elk

= 180.000 R.E.

240.000 R.E.

840.000 R.E.

HER MAJESTY'S STATIONERY OFFICE
Government Bookshops

49 High Holborn, London WC1V 6HB
13a Castle Street, Edinburgh EH2 3AR
109 St Mary Street, Cardiff CF1 1JW
Brazennose Street, Manchester M60 8AS
50 Fairfax Street, Bristol BS1 3DE
258 Broad Street, Birmingham B1 2HE
80 Chichester Street, Belfast BT1 4JY

*Government publications are also available
through booksellers*